

Auf dem Trockenen

Bauernverband bilanziert erhebliche Ernteeinbußen. Landwirtschaftsministerium erklärt Dürre formal zum Notstand

Nico Popp

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat am Mittwoch in Berlin seine Erntebilanz für das Jahr 2018 vorgestellt. Die Auswertung, die auf Daten und Informationen der Landesbauernverbände beruht, war mit Spannung erwartet worden. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hatte in den vergangenen Wochen mehrfach Bundeshilfen für landwirtschaftliche Betriebe, die infolge der seit April anhaltenden Trockenheit zum Teil erhebliche Ertragseinbußen hinnehmen müssen, von einem abschließenden Überblick über die gesamte Ernte abhängig gemacht.

DBV-Präsident Joachim Rukwied sah seine Befürchtungen über das Ausmaß der wirtschaftlichen Schäden durch die jetzt vorliegenden Zahlen bestätigt. Die Ernte falle vor allem bei Getreide, Raps und Futtermitteln noch schlechter aus als zunächst erwartet. Demnach haben die Landwirtschaftsbetriebe 2018 eine »miserable Getreideernte« von 35,6 Millionen Tonnen eingefahren. Gegenüber der durchschnittlichen Erntemenge der vergangenen fünf Jahre – 2013 bis 2017 – in Höhe von 47,9 Millionen Tonnen ist das ein Rückgang von 12,3 Millionen Tonnen oder 26 Prozent. Der DBV-Präsident wies darauf hin, dass die Erzeugerpreise mitten in der Erntesaison ansteigen. Das sei ungewöhnlich und auf die schlechte Ernte zurückzuführen. Aktuell erzielt ein Landwirt im Bundesdurchschnitt 187 Euro für eine Tonne Brotweizen. Vor einem Jahr lag der Preis bei 150 Euro pro Tonne.

Auch die Grünfütterernte sei in mehreren Bundesländern katastrophal schlecht ausgefallen. Oft, so Rukwied, habe nur ein erster Schnitt eingebracht werden können. Danach habe der sonst übliche zweite und dritte Schnitt nicht durchgeführt werden können, weil Wiesen, Weiden und Feldgräser verdorrt sind. Besonders im Osten, in Teilen Niedersachsens und in Schleswig-Holstein betragen die Einbußen in diesem Bereich demnach bis zu 80 Prozent. Die Milchviehhalter müssten ihre Wintervorräte verfüttern bzw. zusätzliches Futter zu hohen und weiter steigenden Preisen einkaufen. Einige Betriebe würden auf die angespannte Futtersituation auch schon mit dem Abbau von Viehbeständen reagieren. Durch das daraus resultierende Überangebot an Schlachtrindern seien die Preise in den letzten vier Wochen um elf Prozent gesunken. Der Hitzestress senke bei den Kühen die Milchleistung und den Gehalt von Fett und Eiweiß in der Milch. Die Milchanlieferung sei in den ostdeutschen Ländern um zehn Prozent zurückgegangen; bundesweit liege sie erstmals überhaupt unter dem Niveau des Vorjahres.

Wolfgang Vogel vom sächsischen Landesbauernverband sagte, er habe die Missernte von 1976 in der DDR miterlebt – damals hatte eine Dürreperiode den sozialistischen Staat gezwungen, Getreide im kapitalistischen Ausland einzukaufen. 2018 sei die Lage – zumindest in Sachsen – schlimmer. Auch der heiße Sommer des Jahres 2003 habe in der Landwirtschaft nicht annähernd solche Schäden angerichtet wie die aktuelle Trockenperiode. Seinerzeit sei das Wetter bis Mitte Juni »normal« gewesen, im laufenden Jahr aber habe es vielerorts seit Ende März nicht mehr richtig geregnet. Mancherorts seien die Böden bis in 100 Zentimeter Tiefe »reiner Staub«. Hier wachse »nichts mehr«. Rukwied erinnerte daran, dass mit Blick auf die nächste Ernte in den nächsten Tagen eigentlich die Rapsaussaat erfolgen müsse: »Eine Aussaat in staubtrockene Böden ist jedoch zwecklos.«

Positiv sei das Bild im Moment nur bei bestimmten Obst- und Gemüsesorten. Hier hätten in vielen Fällen kostenintensive Bewässerungsmaßnahmen geholfen.

Rukwied verlangte von Bund und Ländern noch einmal nachdrücklich ein Hilfsprogramm für die betroffenen Betriebe. Ihm gehe es dabei ausdrücklich nicht um Hilfe nach dem »Gießkannenprinzip«. Geholfen werden solle Betrieben, die nachweislich mehr als 30 Prozent ihrer Erträge gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre verloren haben. Unabhängig davon müsse allen Landwirten eine steuerfreie Gewinnrücklage für schlechte Zeiten gestattet werden. Angesprochen auf eine finanzielle Bilanz der Schäden, verwies Rukwied darauf, dass bislang acht Bundesländer ihre Dürreschäden beziffert hätten – auf drei Milliarden Euro.

Unmittelbar nach dem Auftritt von Rukwied und Vogel gab Landwirtschaftsministerin Klöckner bekannt, dass die Dürre zu einem Notstand von nationalem Ausmaß erklärt wurde. Der Bund werde mit kurzfristigen Hilfen im Umfang von 170 Millionen Euro Landwirte vor dem wirtschaftlichen Aus bewahren. Rund 10.000 Betriebe seien direkt bedroht. Bund und Länder würden

mit gleich hohen Summen helfen. Der Gesamtumfang liege daher bei maximal 340 Millionen Euro. Klöckner räumte ein, dass allein der Ertragsausfall der existenziell bedrohten Betriebe bei 680 Millionen Euro liege. Die Regierung habe aber nicht die Absicht, diese Verluste durch Staatshilfen aufzufangen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/338411.dürreschäden-auf-dem-trockenen.html>